

Bericht der Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen zur Vorlage «Zusätzlicher Raumbedarf für die Gemeindeverwaltung»

Bericht an den Einwohnerrat

Die Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen (SPBF) hat sich an drei Sitzungen die Vorlage *Zusätzlicher Raumbedarf für die Gemeindeverwaltung* erläutern lassen, die Räumlichkeiten der betroffenen Stellen sowie die weitere Raumsituation im Gemeindehaus zeigen lassen und die Erkenntnisse zusammengefasst. Die Sachkommission dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Einführung in das Thema, insbesondere gilt der Dank auch den Herren Patrick Scheffler für die Organisation des Rundgangs und der kompetenten Führung durch die verschiedenen Gebäude und Räumlichkeiten der Gemeindeverwaltung sowie Stefan Camenisch für die weiteren Erläuterungen betreffend Raumsituation der Schulen. Ebenfalls dankt die Sachkommission Brigitte Gieseck, sie hat interimistisch dieses Geschäft begleitet und die Beratung sowie die Visitation umfassend dokumentiert.

Betreffend die Planung, Nutzung und vorgeschlagene Lösung sei auf die Vorlage hingewiesen und soll hier nicht noch einmal dargelegt werden.

Die Sachkommission hat sich als Einstieg mit dem anzumietenden Projekt für die Bereiche Gesundheit und Soziales im Niederholz vertraut gemacht. Die Lage mit der notwendigen Diskretion für den Publikumsverkehr direkt bei der S-Bahnstation und mit bestem Busanschluss ist sicher attraktiv und erfüllt die Anforderungen. Der Kommission ist jedoch vor allem das konservative, ja nicht mehr zeitgemässe Layout mit Einzelbüros, und eigenem Besprechungstisch sowie die generelle Raumgrösse aufgefallen. Zählt man die Besprechungstische zusammen, müsste eine unglaublich hohe Besprechungsfrequenz mit Kunden stattfinden, die sich aber wie folgend dargelegt mit den Zahlen bei weitem nicht erhärten lässt.

Aufgrund dieser heterogenen Ausgangslage hat sich die Sachkommission entschlossen, die Situation im Gemeindehaus im Allgemeinen sowie die bestehenden Räumlichkeiten der betroffenen Bereiche im Speziellen in Augenschein zu nehmen.

Die Sachkommission stellt aufgrund der Visitation vor Ort fest, dass die Zusammenführung und der Raumbedarf der Abteilung Bildung und Familie unbestritten, die Arbeitssituation im Erlensträsschen nicht optimal, jedoch zumutbar ist. Bei der Abteilung Gesundheit und Soziales, die z. Z. an drei Standorten untergebracht ist, stellt sich die Bedarfsfrage für Einzelbüros inklusive Besprechungstisch in der Raumgrösse zwischen 20 m² bis 23 m². Wie die Sach-



Seite 2

kommission informiert wurde, handelt es sich bei den Klientengesprächen v. a. um vereinbarte Beratungsgespräche, von denen eins bis drei pro Tag in den Fachbereichen Ergänzungsleistungen und Beihilfen sowie Alter und Pflege geführt werden. Dies bedeutet, dass eine terminliche Koordination der Klientengespräche für die betroffenen Mitarbeitenden möglich und zumutbar ist.

Zudem stört sich die Sachkommission daran, dass für die Abteilung Gesundheit und Soziales zusätzliche Mehrkosten für die wesentlich höheren Mietauslagen am externen Standort entstehen. Sie wünscht sich die Erarbeitung von günstigeren Alternativen und mehr Flexibilität in Bezug auf Einzelbüros. Es gibt verschiedene Büroanordnungsmöglichkeiten mit mehr Arbeitsplätzen, d. h. bspw. die Sitzungszimmer könnten abgetrennt und dafür die Einzelbüros aufgehoben und durch Grossraumbüros ersetzt und mit mehr Arbeitsplätzen belegt werden. Aufgrund der aktuell durchgeführten Beratungsgespräche kommt man mit wenigen gemeinsam genutzten Sitzungszimmern aus. Die meisten Bürogemeinschaften arbeiten mit gemeinsame Sitzungszimmern, auch solche, welche vertrauliche Gespräche führen.

Die Sachkommission spricht ebenfalls die Reservationsgebühren respektive den Reservationsvertrag, die Aussenwirkung, welche die Einmietung beim eigenen Baurechtsnehmer erzielt, sowie der Umgang mit der Miete «Rückvergütung» der gemeindeeigenen Abteilung im gemeindeeigenen Baurechtsvertrag, an. Durch die Neuorganisation der Arbeitsplatzsituation der Abteilung Bildung und Familie wird eine Arbeitsplatzveränderungsrochade in vier Abteilungen ausgelöst, die für die Abteilung Gesundheit und Soziales zu Mehrkosten und damit zu einem höheren Aufwand in ihrem Leistungsauftrag führen wird. Für die bestehende Ausgangslage «fehlende Schulzimmer sowie nicht frei verfügbare Aula» in der Primarschule Erlensträsschen könnte bspw. eine Lösung mit mobilen Bauten angestrebt werden. Deshalb ist ein Lösungsansatz, der die Arbeitsplatzsituation der Primarschule Erlensträsschen und der Leitung Bildung und Familie klärt, zu unterstützen, ohne die übrigen involvierten Abteilungen zusätzlich zu belasten.

Weiter sind die in den letzten zehn Jahren räumlich gewachsenen allgemeinen Strukturen mit vielen teilweise sehr grossen Einzelbüros zu überdenken.

Daher kommt die Sachkommission zum Schluss, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen mit dem folgenden Auftrag:



Seite 3

Antrag der Kommission

Die SPBF beschliesst mehrheitlich, die Vorlage an den Gemeinderat zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine kostengünstigere Variante auszuarbeiten, die ein offeneres Raumnutzungskonzept zulässt, eine Flächenteilung mit anderen Fachbereichen ermöglicht und eine Verdichtung der bestehenden Räumlichkeiten auch im Gemeindehaus selber mit Arbeitsplätzen vorsehen soll. Dabei ist zu beachten, dass der Leistungsauftrag der Abteilung Gesundheit und Soziales in den nächsten zehn Jahren nicht zusätzlich durch wesentlich höhere Mietkosten belastet wird. Zudem sind Lösungen mit mobilen Bauten zu untersuchen.

Riehen, 21. November 2019

Sachkommission Publikumsdienste, Behörden und Finanzen

Thomas Strahm, Präsident